

Krieg in der Ukraine

Ursachen, Folgen, Konsequenzen

+++ Veranstaltungsreihe +++

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“
(Egon Bahr 2013)

Es herrscht Krieg in Europa. Seit dem 24. Februar 2022 führt die Atommacht Russland einen offenen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Regierung will damit erklärtermaßen die Ukraine demilitarisieren und die dortige Regierung stürzen. Krieg ist wieder einmal ein Mittel, um politisch-strategische Ziele durchzusetzen – mit all seinen verheerenden Opfern und Folgen. Als Reaktion hat die Bundesregierung nicht nur weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Russland erlassen, sondern auch eine Zäsur in der Sicherheitspolitik vollzogen: Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und die Ankündigung massiver Aufrüstung. Im Rahmen der geplanten Veranstaltungsreihe wollen wir gemeinsam mit Expert*innen die Hintergründe und Folgen des Krieges diskutieren und politische Schlussfolgerungen auf den Prüfstand stellen.

Die Ukraine und Russland – von der Krise zum Krieg

Hintergründe und Erklärungsansätze

Donnerstag, 7. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
online als Videokonferenz
mit Yana Lysenko, Andreas Zumach

Krieg und Medien: Fakten, Desinformationen und Propaganda

Donnerstag, 14. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
im Kulturzentrum PFL, Oldenburg
mit Melina Borčak

Friedenssicherung durch Aufrüstung?

Donnerstag, 21. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
online als Videokonferenz
mit Marius Pletsch, Paul Schäfer

Die Ukraine und Russland – von der Krise zum Krieg

Hintergründe und Erklärungsansätze

Donnerstag, 7. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
online als Videokonferenz

mit Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
und **Andreas Zumach** (Journalist u.a. für die taz, Netzwerk Friedenskooperative, Berlin)

Am 24. Februar 2022 befahl die Regierung Russlands einen Großangriff auf die Ukraine. Der durch nichts zu rechtfertigende Krieg hat bereits unzählige Opfer gefordert und droht, das größte Flächenland Europas zu zerstören. Ein Ende der Kampfhandlungen ist noch nicht abzusehen. Doch wie konnte der Russland-Ukraine-Konflikt nach der Annexion der Krim und den Abspaltungsversuchen in der Ostukraine so eskalieren? Wie ist der Krieg vor dem Hintergrund der jüngeren Entwicklung in der Region nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu erklären? Welche politischen und ökonomischen Interessen verfolgt die russische Regierung? Wie ist das Spannungsverhältnis aus wachsendem ukrainischen Nationalbewusstsein zur tiefgreifenden soziokulturellen Verbindung mit Russland zu bewerten? Diese und weitere Fragen zu den aktuellen und historischen Hintergründen zum Krieg in der Ukraine werden in der Veranstaltung in den Blick genommen.



Krieg und Medien - Fakten, Desinformationen und Propaganda

**Donnerstag, 14. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
im Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3,
Oldenburg**

mit Melina Borčak (Journalistin & Filmautorin,
Berlin)

„Im Krieg stirbt immer die Wahrheit zuerst“, schrieb Günter Gaus angesichts des Jugoslawien-Kriegs. Krieg und Medien stehen in einem besonderen Verhältnis zueinander. So spielen Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle, wenn es um die Legitimierung von Standpunkten bis hin zu kriegerischen Handlungen geht. Hierbei nehmen soziale Medien eine zentrale Funktion ein: Neben vertrauenswürdigen Inhalten kursieren dort viele Gerüchte, nicht verifizierte Bilder und Videos und gezielte Falschmeldungen – so auch rund um den Krieg in der Ukraine.

In der Veranstaltung wollen wir uns mit der aktuellen Problematik der Berichterstattung über den Russland-Ukraine-Konflikt und den Krieg in der Ukraine auseinandersetzen. Zentrale Fragen, um die es uns hierbei geht, sind: Wie und was wird in Russland und der Ukraine über die Situation berichtet? Wie ist es in beiden Staaten um die Informations- und Meinungsfreiheit bestellt? Welche Informationen gibt es aus dem Kriegsgebiet überhaupt? Was ist als Kriegspropaganda zu bewerten? Welche Rolle spielen die sozialen Medien im Informationskrieg? Können soziale Medien zur Formierung von politischem Widerstand beitragen? Schließlich soll es auch um die Frage gehen, wie in deutschen Medien über den Krieg in der Ukraine berichtet wird.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenfrei. Um Anmeldung auf der Homepage der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften wird gebeten:
<https://uol.de/kooperationsstelle/veranstaltungen>

Friedenssicherung durch Aufrüstung?

**Donnerstag, 21. April, 18:00 – 20:00 Uhr,
online als Videokonferenz**

mit Marius Pletsch, Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) und Redakteur der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“
und **Paul Schäfer**, Publizist und Redakteur der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“, bis 2013 verteidigungs- und abrüstungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Fassungslosigkeit, Angst und Wut sind verständliche Reaktionen auf den Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine. Wenige Tage nach Kriegsbeginn hat die Bundesregierung Waffen an die Ukraine geliefert und plant eine massive Aufrüstung der Bundeswehr. Nach Angaben von SIPRI wurden bereits im Jahr 2020 in Deutschland 52,8 Mrd. Euro für das Militär ausgegeben, in Russland waren es mind. 61,7 Mrd. Euro. Nun hat die Bundesregierung ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro und grundgesetzlich garantierte jährliche Ausgaben von 2% des BIP für die Bundeswehr angekündigt. Die Schritte seien notwendig, damit der wachsenden Bedrohung durch die Regierung Russlands begegnet werden könne. Dies bedeutet eine Zäsur in der Sicherheitspolitik, die die bislang eher zurückhaltende Position der Bundesregierung in militärischen Konflikten verändert. Doch wie ist eigentlich die militärische Bedrohungslage in Europa zu bewerten? Welcher Friedensgewinn durch vergangene Aufrüstungsprozesse konnten beobachtet werden? Welche Optionen für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur stellen sich angesichts des Krieges in der Ukraine? Und welche finanziellen und ökonomischen Folgen hätte diese Aufrüstungspolitik für andere gesellschaftliche Herausforderungen wie die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit oder des Klimawandels? Diese Fragen wollen wir auf der Veranstaltung gemeinsam diskutieren.

Veranstaltende: Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften, DGB Stadtverband Oldenburg, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Nord

